

Bergbau in der Inneren Mongolei: Umweltverschmutzung und Konflikte

Jost Wübbeke

Der Bergbau ist für die Innere Mongolei ein wichtiger Industriezweig. Während der Rohstoffrausch viel Geld in die Region spült, sind fatale Umweltauswirkungen die Folge. Umwelt- und Verteilungskonflikte sind an der Tagesordnung. Die betroffenen Bürger/innen führen Abwehrkämpfe gegen den Bergbau. Eine ernsthafte Alternative zum extensiven Extraktivismus in der Region haben sie aber nicht formuliert.

Rohstoffreichtum und Wirtschaftsaufschwung _____

Die Innere Mongolei im Nordwesten Chinas ist sehr reich an Rohstoffen. Die Autonome Region verfügt über die landesweit zweitgrößten Kohle- und Gasreserven. In den letzten Jahren erst hat sie Shanxi als größten Kohleproduzenten abgelöst und nimmt etwa ein Fünftel der nationalen Produktion ein. Die großen Produktionszentren der Inneren Mongolei liegen unter anderem in Ordos, Hulunbeir (Baorixile), Xilingol (Baiyinhua) und Horqin. Kohle ist Chinas wichtigste Energiequelle. Sie stellt etwa 70 Prozent des nationalen und 90 Prozent des innermongolischen Primärenergieverbrauchs. Der absolute Verbrauch wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. In Bayan Obo (Innere Mongolei) lagern darüber hinaus die weltweit größten Seltene-Erden-Reserven. Dort wird etwa die Hälfte der globalen Produktion gefördert. Zahlreiche Bergbauunternehmen bauen in der Inneren Mongolei metallische Vorkommen von Eisen, Kupfer und Germanium ab.

Der zwölfte Fünfjahresplan (2011–2015) sieht Ordos und die östliche Innere Mongolei als Schwerpunktregionen für den Abbau



Vieherde in der Nähe der Kohlebergwerk Baiyinhua No. 1 im westlichen Ujumqin-Banner (Xilingol).
Quelle: Lu Guang/ Greenpeace



von Kohle und Elektrizitätsgewinnung vor. Bis 2015 soll die Kohleproduktion in der Inneren Mongolei, Shaanxi, Xinjiang, Ningxia und Gansu um 650 Millionen Tonnen pro Jahr steigen. Im Westen Chinas wird dann mehr als die Hälfte der chinesischen Kohle produziert werden. Darüber hinaus sind 16 Kraftwerke bis 2015 geplant. Die »Go West«-Strategie der chinesischen Regierung will vor allem durch die Erweiterung der Ressourcenindustrie die wirtschaftliche Entwicklung des chinesischen Westens vorantreiben. Der Rohstoffboom spült viel Geld in die Region. Drei innermongolische Städte, darunter Baotou und Ordos, befinden sich unter den zwanzig wohlhabendsten Städten Chinas. Von 2001 bis 2010 ist die innermongolische Wirtschaft durchschnittlich um 18 Prozent pro Jahr gewachsen.¹

Der Bergbau bringt jedoch auch fatale ökologische Folgen mit sich, aus denen zum Teil soziale Spannungen zwischen den geschädigten Bürger/innen und den verschmutzenden Betrieben entstehen. Das Beispiel der Inneren Mongolei zeigt zwar, dass durchaus Umweltschutzmaßnahmen und Effizienzgewinne vorhanden sind, aber dass die massive Ausweitung des Bergbaus diese wieder aufhebt.

Umweltsituation in der Inneren Mongolei _____

Zwei Fälle zeigen exemplarisch die Konflikte zwischen Bergbaubetrieben, betroffenen Bürger/innen und der Regierung: die Absetzanlage in Baotou und die Rolle der mongolischen Hirten. Wie im Folgenden näher geschildert wird, veranschaulichen sie die begrenzten Möglichkeiten geschädigter Bevölkerungsgruppen, für ihre Interessen einzutreten. Da die Innere Mongolei eine strategisch wichtige Industrieregion für die Regierungspläne ist, gibt es keine Ansätze für Alternativen zum Bergbau oder einen weniger extensiven Bergbau.

Das Grasland der Inneren Mongolei ist ein sehr fragiles Ökosystem. Die Wüstenausbreitung in diesem Gebiet schreitet seit mehreren Jahrzehnten unaufhaltsam voran. Durch Winde werden die Sande der sich ausbreitenden Wüsten bis in die Hauptstadt Peking und darüber hinaus getragen. Bis zu 90 Prozent des Graslandes sind hiervon in unterschiedlichem Maße betroffen. Zentralregierung und Forschung machen insbesondere das Bevölkerungswachstum durch den Zuzug von Han-Chinesen und die Überweidung durch rasant wachsende Schaf- und Ziegenherden für die Ausbreitung der Wüsten verantwortlich.² Dazu kommt der Land-, Energie-, und Wasserbedarf der Bergbauindustrie. *Greenpeace* schätzt, dass der Ausbau der Kohleindustrie den industriellen Wasserbedarf bis 2015 um 140 Prozent steigern könnte. Dabei verfügt die wasserarme Region nur etwa über 1,6 Prozent der nationalen Wasserreserven. Insbesondere die Kohlewaschung und das Aufbereiten und Trennen von Mineralien verbrauchen große Wassermengen. Die Entnahme von Grund- und Flusswasser kann dem Grasland wichtige Wasserquellen entziehen. Die Verschmutzung der Gewässer durch Abfallstoffe wie Schwermetalle belastet die lokale Umwelt zusätzlich. Landesweit steigt die Abwasserproduktion der Kohleindustrie an, wenngleich die Emissionsintensität in den letzten Jahren gesunken ist. Insbesondere die Grasländer Xilingol, Horqin und Hulun Buir mit einer starken Kohleindustrie sind von einem großen Wassermangel bedroht. Nachdem beispielsweise der Wulagai-Fluss aufgestaut wurde, um eine Kohlechemiefabrik mit Wasser zu versorgen, ist das Wulagai-Feuchtgebiet völlig ausgetrocknet.³ Außerdem kommt es zu geologischen

Folgeschäden. In Baorixile sind insgesamt 18 km² von Bergsenkungen betroffen. Kohlebrände, insbesondere in Ordos, sind ein hartnäckiges Problem der Region.

Gift für die Dörfer: die Absetzanlage in Baotou _____

Im westlich gelegenen Jiuyuan-Viertel der innermongolischen Stadt Baotou bereitet das Staatsunternehmen *Baogang* Metalle der Seltenen Erden auf, die im 150 Kilometer entfernten Bayan Obo abgebaut werden. Die Produktionsabfälle werden als Schlamm in eine nahegelegene Absetzanlage (*tailings pond*) geleitet. Nach über fünfzig Jahren des Betriebs und mehreren Aufschichtungen des Damms hat die Absetzanlage eine Fläche von etwa 10 km² erreicht, etwa zweimal so groß wie das Berliner Tempelhofer Feld. Der Damm erhebt sich etwa 30 Meter über die Umgebung. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich dort 160 Millionen Tonnen Abfall und 17,5 Millionen Kubikmeter Abwasser angesammelt. Darunter sind hochradioaktives Thorium, das in Monazit vorhanden ist und bei der Produktion nicht rückgewonnen wird, sowie Chemikalien wie Schwefelsäure oder Fluorwasserstoffsäure, die bei der Aufbereitung eingesetzt werden. Außerdem lagern dort große Mengen an Seltenen Erden, die ebenfalls nicht rückgewonnen wurden.

Die Anlage stellt eine große Verschmutzungs- und Gefahrenquelle für die Umgebung dar. Der Boden der Anlage ist nicht sickerdicht, sodass verschmutztes Wasser in das Grundwasser gelangen kann. Das Wasser sickert derzeit in Richtung des etwa zehn Kilometer südlich entfernt gelegenen Gelben Flusses durch, der zweitgrößte Fluss Chinas. Die Wassermassen decken die Festabfälle zwar zum Großteil ab und verhindern dadurch ein größeres Aufwirbeln, dennoch werden Abfälle durch Winde in der Umgebung verteilt und das Schmutzwasser verdunstet zum Teil. Darüber hinaus wird gelegentlich Wasser aus der Anlage in den Gelben Fluss abgelassen, um einer drohenden Überfüllung vorzubeugen.⁴

Absetzanlagen sind schwer zu kontrollieren. In China gibt es zahlreiche Fälle, in denen Dämme kollabiert sind. Erst 2008 ist ein solcher Damm in Shaanxi gebrochen. Der folgende Schlammstrom riss über zweihundert Menschen in den Tod. Ein Brechen des großen Baotouer Damms würde



fatale Folgen für die umliegenden Siedlungen haben. Der Vize-Bürgermeister von Baotou hat geäußert, dass »im Falle eines Dammbrochs das Abwasser direkt die Trinkwassersicherheit der Bürger/innen von Baotou gefährden könnte«. Der Vize-Leiter des Baotouer Umweltbüros meint: »Sollten am Damm der Aufbereitungsanlage von Baogang durch ein Erdbeben Risse auftreten und der Damm kollabieren, würden die Industrieabwasser eine immense Gefährdung für den Gelben Fluss darstellen.«⁵

Die Bewohner/innen in den umliegenden Dörfern Xinguang und Dalahai sind ohnehin schon durch die Anlage gefährdet. Als der »See« in den 1960ern angelegt wurde, bemerkten sie zunächst nichts von der heraufziehenden Gefahr. Seit den 1970ern begann die Ernte auf den umliegenden Feldern zu sinken. In den 1980ern und 1990ern wuchsen dann nur noch verdorrte Pflanzen auf den Äckern, seit den 2000ern gar nichts mehr. Auch auf den entfernteren Feldern fiel die Ernte dürrtiger aus. Sie liegt bei nur etwa 70 Prozent der ortsüblichen Produktionsmenge. Nutztiere wie Schweine wurden bald krank und den Schafen wuchsen überlange Zähne, sodass sie verhungerten. Auch die Menschen begannen zu leiden. Krankheiten wie Osteoporose und Zahnausfall sind weit verbreitet. Die Dorfbewohner/innen berichten von einer gesteigerten Krebsrate. Der ehemalige Ortsvorsteher von Dalahai meint: »Viele Bewohner/innen sind an Krebs erkrankt, das Immunsystem der Dorfbewohner/innen ist geschwächt. Neben der starken Luftverschmutzung ist auch das Wasser verschmutzt. Nicht einmal das Nutzvieh trinkt es.«⁶

Die Dorfbewohner/innen sind nicht untätig geblieben. Ein lokaler Kader der Kommunistischen Partei ist nach eigenen Angaben seit fast zwanzig Jahren bei den Regierungsbehörden ein- und ausgegangen, um den Protest der Dorfbewohner/innen kundzutun. Zunächst hatten die Behörden mit Messungen reagiert. Das Baotouer Umweltbüro führte 1995, 2000, 2002 und 2006 umfassende Untersuchungen durch und stellte 2002 fest, dass dieser Ort für menschliches Leben nicht mehr geeignet ist. Unter anderem ermittelte es erhöhte Werte von Sulfat, Chlorid und Fluorid in den Dorfbrunnen sowie erhöhte Strahlungswerte in der Umgebung. Die Behörden und der Betreiber *Baogang* ergriffen trotz der Proteste und Messergebnisse keine Maßnahmen. Daher

wählten viele Dorfbewohner/innen den passiven Protest und zogen fort. In Xinguang Sancun ist die Bewohnerzahl innerhalb der letzten zehn Jahre von 3.000 auf 200 gesunken.

Baogang will die Bewohner/innen nun in den Kundoulun-Bezirk umsiedeln. Für die Umsiedlung haben *Baogang* 300 Millionen RMB und die Stadtregierung Baotou 200 Millionen RMB zur Verfügung gestellt.⁷ Nun sollen bis zu 70 Prozent der Bewohner/innen bis Ende 2012 umgesiedelt und 35 m² zugeteilt werden. Um ihnen eine Erwerbsmöglichkeit zu verschaffen, kann jeder von ihnen Ackerfläche im nahegelegenen Dorf Hademen und Geschäftsräume erwerben. Von 2009 bis 2013 will die Regierung jährlich 4.000 Yuan an jeden Betroffenen zahlen sowie einen Teil der Gesundheitskosten übernehmen.⁸ Ein Bewohner wird zitiert: »Wir werden aus unseren kleinen Hütten in die geräumigen und hellen Wohnkomplexe umziehen. Heizung und Wasserversorgung sind wesentlich besser. Das ist wirklich super!«⁹

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Seit einigen Monaten stockt das Vorhaben und die vorgesehenen Gebäude stehen weiterhin leer. 800 RMB pro Quadratmeter sollen die Dorfbewohner/innen zahlen, etwa 80.000 RMB pro Wohnung. Die Bewohner/innen wollen und können nicht so viel Geld für die neuen Wohnungen aufwenden. Außerdem will die Regierung die Felder der Dorfbewohner/innen konfiszieren. Die Entschädigung von 60.000 RMB pro Mu (ca. 666 m²) erachten sie aber als zu gering. Sie fürchten um ihre Existenz, wenn sie ihre Felder verkaufen und keine Einkommensquelle mehr haben.¹⁰

Dass die Betreiber der Absetzanlage *Baogang* dem Konflikt trotz der bleibenden Probleme in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt haben, hängt weniger mit dem Protest der Bewohner/innen als anderen Faktoren zusammen: Eine Reihe von Wissenschaftler/innen der *Chinesischen Akademie der Wissenschaften* haben die höchste Ebene der Regierung 2005 darauf aufmerksam gemacht, dass in Baotou in großem Maße Ressourcen verschwendet werden und dass eben jene Absetzanlage nach wie vor Ressourcen von großem Wert birgt. Dabei wiesen sie auch auf die Gefahr von Verstrahlungen und einem möglichen Dammbroch hin. In der Folge haben sowohl Hu Jintao, Wen Jiabao als auch die *National Development and Reform Commission* (NDRC) und die beiden Volkskammern wichtige

Berichte zu Bayan Obo und Baotou verfasst und allgemeine politische Schritte in der Seltene Erden-Industrie ausgeführt. Hierzu zählt u. a. eine stärkere Betonung der Umweltpolitik. Es ist daher kein Zufall, dass *Baogang* ab 2007 begonnen hat, Pläne für die Umsiedlung der betroffenen Bewohner/innen zu entwerfen. Ein weiterer Grund für die Bemühungen *Baogangs* ist, dass die Medien die Absetzanlage als Symbol für die verschmutzende Seltene Erde-Industrie auserkoren und im Inland wie auch im Ausland ausführlich darüber berichtet haben. Außerdem ist *Baogang* an der Börse notiert.

Gift für die Hirten: Bergbau in der mongolischen Steppe _____

Das zweite Beispiel stellt der Konflikt zwischen Hirten und Bergbaubetrieben dar. Im Ujimqin-Banner ist am 10. Mai 2011 der Mongole Mergen von einem Kohlelaster überfahren worden. Er protestierte mit etwa zwanzig anderen Mongolen gegen Staub, Lärm und die Zerstörung des Weidelandes durch die Laster und versuchte diese aufzuhalten. Die Laster fuhren nach Angaben der Hirten regelmäßig über deren Land, um eine Abkürzung zu nehmen, bei der auch häufiger Vieh zu Tode kam. Nach dem Streit mit einem Lastwagenfahrer überfuhr dieser Mergen absichtlich. Dieses Ereignis löste große Proteste unter der mongolischen Bevölkerung aus. Zwei Wochen nach Mergens Tod brachen große Unruhen im Ujimqin-Banner aus. Etwa 1.000 Student/innen, zumeist die Kinder mongolischer Hirten, strömten in Xilingols Verwaltungshauptsitz Xilinhot vor das Hauptgebäude der Verwaltung. Die Provinzregierung entsandte hunderte von Bereitschaftspolizist/innen und nahm Dutzende Protestierende fest. In Teilen von Ujimqin verhängte die Regierung sogar zeitweise das Kriegsrecht und bewachte öffentliche Gebäude wie beispielsweise Schulen. Um die Situation zu beruhigen, wurde der Lastwagenfahrer nur einen Monat später zum Tode verurteilt und sein Beifahrer zu einer lebenslangen Haftstrafe. Der Familie des Getöteten wurden Kompensationen gezahlt. Die betroffene Mine wurde temporär stillgelegt und die Provinzregierung sicherte zu, verstärkt die Umweltverschmutzung durch den Minenbetrieb zu beobachten und einzugrenzen. Hu Chunhua, der Parteichef der Autonomen Region Innere Mongolei, wird zitiert: »Wenn die Interessen der Massen

nicht geschützt werden, kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht aufrechterhalten werden.«¹¹

Der Tod Mergens ist bezeichnend für eine große Zahl von Konflikten. Er hat große Aufmerksamkeit auf ein bereits länger bestehendes Problem gelenkt. Außerdem ist anzumerken, dass die Proteste nicht ethnisch motiviert waren und nicht im Zusammenhang mit Forderungen für eine Unabhängigkeit der Inneren Mongolei von China stehen. Ethnische Konflikte zwischen Mongolen und Chinesen gab es in dieser Situation nicht. Viele Han-Chinesen haben den Motiven der mongolischen Hirten sogar zugestimmt.¹² Etwa einhundert ähnliche kleinere Vorfälle wurden 2010 in der Inneren Mongolei gezählt. Beispielsweise berichtet ein Hirte in Huilunbuir, dass allein 2012 fünfzig Schafe und 16 Kühe durch die Expansion einer nahegelegenen Mine gestorben seien, weil sie entweder vergiftetes Wasser tranken oder in nicht restaurierte Minen stürzten.

Im Juni 2011 besetzten Hirten in Bayannuur eine Blei-Mine. Nachdem die Hirten mehrmals vergeblich versucht hatten, bei der Lokalregierung Protest gegen die Ausweitung der Mine auf ihr Weideland und die Verschmutzung ihres Trinkwassers einzureichen, schlugen sie für mehrere Tage direkt gegenüber den Verwaltungsgebäuden der Mine ihre Zelte auf. Als sie dennoch weiter ignoriert wurden, besetzten etwa einhundert der sechshundert Hirten die Mine und schalteten ihre Wasserpumpen aus. In der Folge schickte die Lokalregierung Bereitschaftspolizisten, um die Hirten einzuschüchtern. Dennoch stimmten die Minenbetreiber zu, den Betroffenen etwa 1,2 Millionen Yuan Entschädigung zu zahlen.

Ein Fall von Verteilungskonflikten wird von einer chinesischen NGO im Keshenketeng-Banner berichtet.¹³ Der Konflikt dreht sich um ein Eisenbergwerk, das in einem Waldschutzgebiet liegt. Unklar ist, ob sich die staatliche Eisenmine rechtmäßig im Schutzgebiet befindet, da sie laut nationalem und provinziellem Gesetz in den Herzstücken von Naturschutzgebieten nicht erlaubt sind. Im Konflikt spielte diese Frage jedoch weniger eine Rolle. Dem Gesetz gemäß hat der Minenbetreiber an die lokale Regierung Kompensationszahlungen für die Nutzung des Bodens geleistet. Das Unternehmen hat die Kompensation vor allem in Form von Aktienanteilen an die Lokalregierung vergeben. Außerdem hat es nach der Genehmigung durch das provinzielle Waldamt Entschädigungszahlungen an



dieses für etwaige Waldzerstörungen geleistet. Es sind etwa 10 Millionen RMB geflossen. Dennoch haben die betroffenen Hirten, deren Land durch die Mine besetzt wird und die direkt von den Umweltauswirkungen betroffen sind, keine Entschädigungszahlungen erhalten. Mehrfach haben sie Anträge bei der lokalen Regierung gestellt, aus ihrer Sicht hat es jedoch kein zufriedenstellendes Angebot gegeben.

Als Antwort auf die Unruhen von 2011 hat die Provinzregierung ein Pilotprogramm für »harmonische Minen« (hexie kuangqu) in der Unruheregion Xilingol beschlossen.¹⁴ Unklar bleibt jedoch, welche Veränderungen dies für die Beteiligung der Betroffenen bringt. Außerdem soll die Bergbauaufsicht gestärkt und illegale Minen geschlossen werden sowie Umweltraining für das Bergbaupersonal abgehalten und der Einfluss des Bergbaus auf die lokalen Bewohner/innen stärker berücksichtigt werden. Die Zentralregierung sieht vor, die Subventionen für die Region um die Hälfte zu erhöhen.¹⁵

Fazit: Abwehrkämpfe gegen strukturelle Probleme im Bergbau —

Die beiden Fallbeispiele geben Aufschluss über die Probleme zwischen Bürger/innen und Bergbaubetrieben. China verfügt inzwischen über eine umfassende Umweltgesetzgebung, die sich auch auf den Bergbau erstreckt. Spezifische Emissionsstandards für die Bergbauindustrie sind vorhanden. Die Innere Mongolei hat auch entsprechende provinzielle Bestimmungen erlassen. In der praktischen Politik greifen diese Maßnahmen jedoch nicht immer. Nach dem Umweltgesetz und dem Mineralressourcengesetz gilt das »polluter pays principle«. Faktisch ist jedoch ein langer Weg notwendig, um tatsächlich zufriedenstellende Ergebnisse für die betroffenen Bürger/innen zu erzielen. Ein Problem ist, dass es keine effektiven Wege gibt, um die Interessen der betroffenen Bürger/innen ernsthaft zu berücksichtigen. In beiden Beispielen haben die Betroffenen versucht, Petitionen bei den Lokalregierungen einzureichen, diese sind jedoch immer erfolglos geblieben. Daher organisieren die Menschen größere Proteste und ergreifen zum Teil extreme Maßnahmen, um ihre Interessen zu vertreten.

Aus Regierungssicht stellen insbesondere kleine und illegale Minen ein Problem dar. So verfügen diese nicht über die notwendigen Sicherheits-

und Umweltstandards und operieren häufig jenseits gesetzlicher Vorgaben. 2011 wurden 467 illegale Minen geschlossen. 2012 hat die Provinzregierung erneut 900 kleine Minen geschlossen und die Mindestproduktionsgrenze für Minen angehoben.¹⁶ Damit geht die Provinzregierung gewiss einen wichtigen Schritt, dennoch ist das Problem nicht nur durch kleine Minen begründet. Gerade das Ziel, den Bergbau massiv bis 2015 auszubauen, bringt fatale ökologische Folgen mit sich. Die Umweltverschmutzung und die Streitigkeiten sind daher vor allem ein struktureller Effekt des chinesischen Bergbaus.

Die Priorisierung der Zentralregierung stellt die Menschen gewissermaßen vor vollendete Tatsachen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als die von oben beschlossenen Maßnahmen zu akzeptieren. Zwar können sie auf lokaler Ebene dagegen protestieren und teilweise Erfolge erzielen, dies ändert jedoch nichts daran, dass die Region am stärksten vom Bergbau und seinen Folgen betroffen ist. Zwar ist z.B. eine Bürger/innenbeteiligung im Rahmen der Abschätzung von Umweltfolgen nach dem »*Environmental Impact Assessment Law*« von 2002 vorgesehen, dennoch hat dies für die praktische Bürger/innenbeteiligung in den dargestellten Fällen kaum Veränderungen gebracht. Teilweise laufen sich die zentralstaatlichen Politiken hier selbst zuwider. Auf der einen Seite soll der Wasserverbrauch in der Inneren Mongolei kontrolliert werden, auf der anderen Seite sprießen immer mehr Bergwerke aus dem Boden. Die Behörden eilen daher von einem Brandherd zum nächsten, ohne die grundsätzlichen Probleme zu lösen.

Die betroffenen Bürger/innen führen dabei eher Abwehrkämpfe, statt sich offensiv zu beteiligen. Sie versuchen lokale Unrechtssituationen zu beseitigen, können oder wollen aber keine generellen Fragen an strukturelle Faktoren des Bergbaus stellen. Es werden keine Alternativen zur massiven Ausbeutung durch den Bergbau genannt. Die chinesische Zivilgesellschaft ist im Umweltbereich zwar relativ gut organisiert, dennoch befassen sich nur wenige Organisationen speziell mit dem Bergbau. Internationale NGOs wie *Greenpeace* oder NRDC beschäftigen sich mit dem Bergbau in der Inneren Mongolei, doch fehlt es an stabilen lokalen Initiativen, die zum einen über die notwendige Expertise verfügen und zum anderen auf nationaler Ebene vernetzt sind.



Anmerkungen

- 1 People's Daily, »Liste der zwanzig reichsten Städte Chinas wird veröffentlicht (Bilderserie)« (中国最富20个城市排行榜出炉 (组图)), 27.3.2012.
- 2 Jiang Gaoming, Han Xingguo und Wu Jianguo (2006): »Restoration and Management of the Inner Mongolia Grassland Require a Sustainable Strategy«, in: Ambio, Vol. 35, No. 5, S. 269–270.
- 3 Greenpeace, »Thirsty Coal: A Water Crisis Exacerbated by China's New Mega Coal Power Bases«, 2012.
- 4 Ma Pengqi, Gao Yongsheng und Xu Laiz i马(2009): »Umfassende Nutzung der Ressourcen von Baotou Bayan Obo und Umweltschutz (包头白云鄂博资源的综合利用与环境保护)«, in: Policy Advisory Bulletin, No. 2, S. 88–91.
- 5 He Guangwei, »Radioaktivität von der Baogang Absetzanlage gefährdet den Gelben Fluss« (包钢尾矿坝钍辐射危及黄河), in: New Week Newspaper, 11.10.2010.
- 6 Luo Xin und Meng Jie: »Verabschiedung von der Umweltverschmutzung: fünf Dörfer an der Absetzanlage Baotou freuen sich auf neuen Wohnort« (告别环境污染: 包钢尾矿坝5村村民喜迎新居), in: Beifang Xinbao Baotouban, 5.9.2012.
- 7 Ein Euro entspricht derzeit etwa 8 RMB.
- 8 Xinhua, »Auf der Spur: Baotou wird möglichst schnell die Probleme mit der Umsiedlung der Dorfbewohner nahe der Absetzanlage von Baogang lösen« (追踪: 包头将尽快解决包钢尾矿坝移民新村搬迁问题), 21.4.2012.
- 9 Ding Lidong, »Verbesserte Wohnbedingungen: Die Dorfbewohner in der Nähe der Absetzanlage von Baogang ziehen in ihre neuen Wohnungen« (改善居住条件 包钢尾矿坝周边村民即将迁入新居), Northnews, 3.9.2012.
- 10 Global Times, »In Baotou steht ein ganzer Wohnkomplex für die Umsiedlung von Bürgern leer« (内蒙古包头一移民新村闲置两年无人住), 19.4.2012.
- 11 Economist, »Soaring demand for a region's minerals stirs unrest and brings challenges for a rising political star«, 14.7.2012.
- 12 Wu Zhong, »Green Motives in Inner Mongolian Unrest«, Asia Times, 8.6.2011.
- 13 Interview in Peking Juli 2012.
- 14 Ministerium für Landesressourcen, »Das Pilotprogramm für die Errichtung harmonischer Bergwerke im innermongolischen Xilingol schreitet voran« (内蒙古锡盟和谐矿区建设试点工作得稳步推进), 4.7.2012.
- 15 Michael Forsythe, »Inner Mongolia Unrest Prompts China to Change Mining Rules«, Bloomberg News, 30.5.2011.
- 16 Frik Els, »2,900 mines closed down in China's coal and rare earth region«, 22.9.2012, Mining.com, <www.mining.com/2900-mines-closed-down-in-chinas-coal-and-rare-earth-region-73692/>.



Impressum

© Köln, Dezember 2012

Autor:

Jost Wübbecke,
Forschungszentrum für Umweltpolitik,
FU Berlin

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt, Essen

Redaktion:

Saskia Dworschak
Michael Reckordt

Der Herausgeber ist für den Inhalt
allein verantwortlich

Das Wulagai-Reservoir im westlichen Ujimqin-Banner entzieht dem Wulagai-Fluss Wasser und führt zum Austrocknen des Wulagai-Feuchtgebiets.
Quelle: Lu Guang/
Greenpeace

Kontakt:

Ein Projekt des
philippinenbüro e.V. im Asienhaus
und der Südostasien Informationsstelle
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-71 61 21-21
Fax: +49-(0)221-71 61 21-10
<www.asienhaus.de>
<philippinenbuero@asienhaus.de>

Dieses Projekt wurde gefördert von



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

